

Francis WURTZ
Kundgebung gegen
die „Bolkestein-Richtlinie“
Straßburg - 11/02/2006

Liebe Freunde und Genossen,

Willkommen in Straßburg - ihr, die ihr das Europa, das wir lieben, so gut vertretet: Eine Vereinigung von gleichberechtigten und solidarischen Völkern und Bürgern, gleichzeitig aber ein Europa, dass bereit ist, alle seine Stärken dazu einzusetzen, um andere Regeln zu schaffen: Gerechtere, demokratischere und auf friedlicheren Prinzipien aufbauende Regeln - für internationale Beziehungen, aber auch für den Umgang mit den zivilisatorischen Herausforderungen, mit denen unsere Menschheit konfrontiert ist!

Wir sind heute in dem selben Geist zusammengekommen wie am 19. März des vergangenen Jahres in Brüssel: Wir möchten ein Vorhaben der Kommission verhindern, das ein unverkennbares Produkt des neoliberalen Europas ist. Um bei den Europäern und Europäerinnen Vertrauen und Hoffnung erneut herstellen zu können, muss ein vollständiger Bruch mit diesem Europa erfolgen. Wir sind hier versammelt, um zur Ablehnung der Bolkestein-Richtlinie aufzurufen!

Wie weit sind wir nun, fünf Tage vor der ersten Abstimmung im Europäischen Parlament und nach den letzten Feilschereien zwischen diversen politischen Gruppen? Derzeit

lässt sich mein Eindruck durch drei untrennbar verbundene Beobachtungen beschreiben:

Die erste besteht darin, dass die beachtliche gesellschaftliche Mobilisierung sowie politische Initiativen ein erstes Ergebnis gebracht haben: Wir haben die Befürworter der Richtlinie in die Defensive gedrängt. Keiner von ihnen wagt es mehr, sich offen auf das berühmt-berüchtigte neoliberale "Herkunftslandprinzip" zu berufen, wenngleich dieses innerhalb der Europäischen Union bereits in vielen Fällen zur Anwendung kommt. Ebenso scheinen viele mittlerweile zu akzeptieren, dass gewisse Bereiche, beispielsweise Gesundheitswesen, Leiharbeit, audiovisuelle Dienste und - nach dem kläglichen Scheitern der Kommission vor nur wenigen Tagen - natürlich auch die Hafendienstleistungen vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen werden. Einiges konnte bereits bewegt werden - und das wollen wir nicht unbeachtet lassen: Wir können etwas bewirken!

Nun aber stellt sich die Frage: Wird die in dieser Form abgeänderte Richtlinie eine „gute“ Richtlinie werden? Hat sie sich damit grundlegend verändert? Können sich die Arbeitnehmer angesichts der Zukunft ihrer sozialen Rechte "beruhigt zurücklehnen"? Dem ist leider nicht so! Und all jene, die das Gegenteil behaupten, nehmen eine große Verantwortung auf sich. In der neuesten Fassung des Textes wird klar betont, dass die Staaten „(den Dienstleistern aus einem einem anderen Mitgliedsstaat) den freien Zugang und die freie Ausübung ihrer Dienstleistungstätigkeit in ihrem Staatsgebiet gewähren“ müssen. Jede Maßnahme, die diesen freien Zugang oder diese freie Ausübung beeinträchtigt, sei eine Abweichung, die gebührend begründet werden muss und nur in akzeptablem Maß erfolgen darf. Bei Anfechtung hat der Europäische Gerichtshof, der wirtschaftsliberalen Anliegen stark entgegenkommt, das letzte Wort. Nein, keineswegs ist eine solche Richtlinie ein kleiner Schritt vorwärts in Richtung soziales

Europa. Ganz im Gegenteil birgt sie die Gefahr, große Schritte rückwärts zu bewirken. Aus diesem Grund fordert meine Fraktion - die Vereinte Europäische Linke/ Nordische Grüne Linke - die Ablehnung dieser Richtlinie. Solange unsere Forderung nur von einer Minderheit getragen wird, werden wir dafür kämpfen, dass darin zumindest klar anerkannt wird, dass die Vorschriften des Ziellandes Priorität haben und der Anwendungsbereich möglichst stark eingeschränkt wird, insbesondere durch den Ausschluß der gesamten öffentlichen Dienste!

Fest steht jedenfalls, dass unser Kampf am 16. Februar nicht beendet sein wird. Monatelang wird der Richtlinien-Entwurf von der Kommission, vom Ministerrat und anschließend wieder vom Parlament überarbeitet werden. Wir werden noch oftmals die Gelegenheit haben, auf diese Forderung aufmerksam zu machen, die Millionen unserer MitbürgerInnen vereint: Wir wollen keine Richtlinie, die für Arbeitnehmer den Wettbewerbszwang zur Regel und die Wahrung der sozialen und demokratischen Errungenschaften zur Ausnahme machen! Vom Atlantik bis zur Ostsee, von Lappland bis zum Peloponnes: Ja zur Gleichheit, ja zur Solidarität, ja zur Förderung der Rechte jedes einzelnen. Nein zur Bolkestein-Richtlinie!